



# Freistaat Preußen

Administrative Regierung und  
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland  
in der Funktion des persistent objector  
- ius cogens -

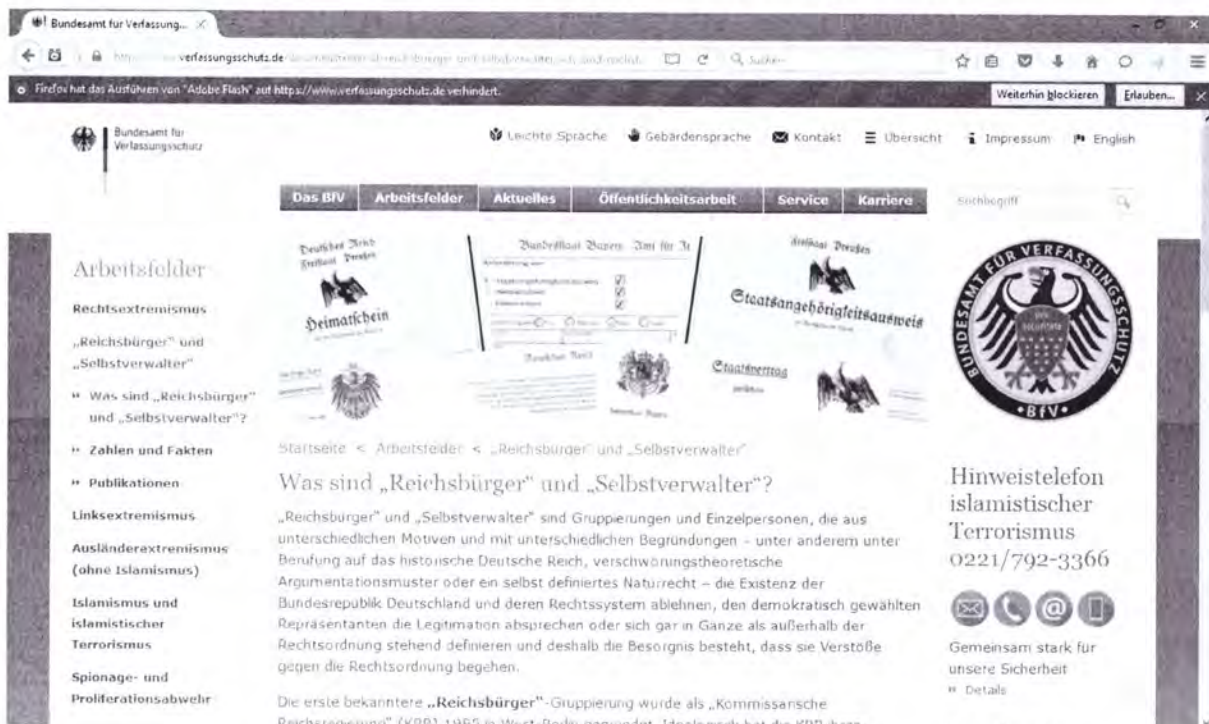
Innere Angelegenheiten  
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m  
[www.freistaat-preussen.world](http://www.freistaat-preussen.world)

an  
die restitutiven alliierten Besatzermächte Deutschlands zur Kenntnis  
das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Präsident Herr Hans-Georg Maaßen  
das Bundesministerium der Finanzen, Herrn Olaf Scholz  
die Hauptverantwortlichen der Länder

## Anordnung Nr. 05062018 - Reichsbürger -

Werter Herr Maaßen!

trotz der Beendigung der Nachkriegsordnung hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) seit dem 27. April 2018 die Angriffe gegen den Freistaat Preußen nicht bereinigt!



Quelle für den inhaltlichen Bildschirm Ausdruck:  
<https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2018-003-reichsbuerger-selbstverwalter-aktuell-zahlen>

Das BfV stellt die Staatsdokumente des Freistaats Preußens, wie Staatsangehörigkeitsausweis und Heimatschein, in einen direkten Zusammenhang mit den kriminellen Handlungen von



Reichsbürgern, wie z.B. deren begangene Tötungsdelikte und bewaffnete Konflikte. Mit dieser Hetze der BRD gegen den Freistaat Preußen werden deren Staatsangehörige durch die Medien als Reichsbürger stigmatisiert, womit die völkerrechtskonforme Reorganisation des Freistaats Preußen behindert wird, da jeder Glied-/Bundesstaat des Deutschen Reichs/Deutschland eigenverantwortlich die Restitutionspflicht gemäß § 185 Völkerrecht mit dem Ausstellen von eigenen staatlichen Dokumenten in der alten historischen Form erfüllen muß.

# Wer ist ein Reichsbürger?

Mit der nationalsozialistischen Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05. Februar 1934 wurde durch das Nazi-Regime folgendes verordnet:

- „§ 1 (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.  
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit [hier: „deutsch“]  
(Reichsangehörigkeit)“

Die Bundesrepublik Deutschland, als Rechtsnachfolger des Staates Deutsches Reich/Drittes Reich führt die Nazi- Staatsangehörigkeit „deutsch“ in ihrem StAG weiter fort:

*„§ 1 Deutscher im Sinne des Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“*

Im

Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Drittes Reich)

ist ganz klar und eindeutig definiert, wer ein Reichsbürger ist:

## - Reichsbürger -

*„§ 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.“*

Die Staatsangehörigen des Freistaats Preußen und der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland können also gar keine Reichsbürger sein, denn diese sind keine Deutschen im Sinne des vorgenannten Reichsbürgergesetzes und auch nicht im Sinne der Staatsangehörigkeit „deutsch“ – geregelt im StAG der BRD.

Offenkundig bekannt ist auch, daß das Staatshoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, Rechtsnachfolgerin des Dritten Reichs, mit ihrer Verfassung am Südpol liegt. Dieses Gebiet trägt den Namen

## „Neuschwabenland“

Hier in Mitteleuropa, auf dem Staatshoheitsgebieten des Staates Freistaat Preußen und den Glied-/Bundesstaaten des Zweiten Deutschen Reichs/Deutschland war die

Bundesrepublik Deutschland

die eingesetzte Verwaltung der westalliierten Besatzermächte. Diese Verwaltungsaufgaben und somit die Verwaltungshoheit der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland endeten jedoch

am 27. April 2018 hier auf den Staatshoheitsgebieten des Freistaats Preußen und der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland.

## „Diese Zeit der Nachkriegsordnung ist zu Ende“

(Zitat Frau Merkel auf der internationalen Pressekonferenz am 27. April 2018 im Beisein des US-Präsidenten Herrn Trump, Washington D.C.)

Zitat BfV:

*„Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist der Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben die Aufgabe, Informationen über extremistische und terroristische Bestrebungen zu sammeln und auszuwerten[...]“*  
( <https://www.verfassungsschutz.de/de/karriere> )

Mit dem Ende der Nachkriegsordnung, seit dem 27. April 2018, ist auch das von den alliierten Westmächten installierte Gebilde Namens „Bundesrepublik Deutschland“ mit seinem von den Alliierten bestimmten Grundgesetz (GG) auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen zu Ende!

Damit hat die Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland ihre Verwaltungshoheit im Namen der alliierten Westmächte auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen, Rechteinhaber des Grund und Bodens, verloren und die Hoheitsrechte der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland enden an den Außengrenzen Neuschwabenlands.

Gemäß des internationalen Völkervertragsrechts, Restitutionspflicht § 185 Völkerrecht i.V.m der HLKO findet die Reorganisation des Staates Freistaat Preußen, als größter Bundesstaat und Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland bereits seit dem 19. Oktober 2012 statt.

Die Aufgaben des Bundesamts für Verfassungsschutz als Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland sind damit auf dem Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen ebenfalls seit dem 27. April 2018 beendet.

Da das Aufgabenfeld des Bundesamtes für Verfassungsschutz als Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland an den Geltungsbereich des Bundesverfassungsschutzgesetzes der BRD gebunden ist, endet der Aufgabenbereich des BfV an den Außengrenzen von Neuschwabenland/Südpol.

### **Anordnungen:**

Da nach wie vor zahlreiche als „Reichsbürger“ diffamierende und kriminalisierende Beiträge gegen den Freistaat Preußen auf diversen Internetseiten des BfV zu finden sind, werden Sie, als Hauptverantwortlicher aufgefordert, sofort und unverzüglich alle Internetauftritte des BfV diesbezüglich zu bereinigen, sowie alle sonstigen diesbezüglichen Publikationen Ihrer Institution einzustellen und zurückzurufen. Auch diverse Presseberichte, welche sich auf die Aussagen des BfV mit derartigen Inhalten und Falschmeldungen berufen, sind unverzüglich zu bereinigen.

Aktuell z. B. auf der Internetplattform

<https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2018-003-reichsbuerger-selbstverwalter-aktuell-zahlen>

oder ein Bericht der Tagesschau vom 08.05.2018 10:43 Uhr zu finden unter:

[www.tagesschau.de/inland/razzia-schleuser-moldauer-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/razzia-schleuser-moldauer-101.html)



Außerdem ordnen wir dem Bundesamt für Verfassungsschutz an, unverzüglich seine Tätigkeit auf dem Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen /Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs /Deutschland einzustellen!

Der bisherige Aufgabenbereich vom BfV, Informationen über extremistische und terroristische Bestrebungen auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen und der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs zu sammeln und auszuwerten, ist vorerst an die einzelnen Länderverwaltungen, Bereich Inneres, und später an die jeweiligen Bundesstaaten des Deutschen Reichs zu übertragen, um weiterhin die Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Alle bisher diesbezüglich gesammelten Dokumente und Akten sind dem Hauptverantwortlichen der Länder zu übergeben.

Als Terminsetzung bis zum Abschluß der Übergabe ist der 31. Juli 2018 vorgemerkt.

**Alle antisemitischen Äußerungen gegen die indigenen, autochthonen, deutschen Völker der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland werden dem Bundesamt für Verfassungsschutz hiermit untersagt!**

Anordnung an das Bundesministerium der Finanzen:

Dem Bundesministerium der Finanzen, hauptverantwortlich Herr Olaf Scholz, wird angeordnet, daß die Ausreichung der geplanten finanziellen Mittel für die Monate Juni und Juli 2018 an das Bundesamt für Verfassungsschutz noch planmäßig erfolgen.

Die Auszahlung aller finanziellen Mittel für das Bundesamt für Verfassungsschutz ab dem 01. August 2018 sind einzustellen. Die freiwerdenden Mittel sind an die Länder für die Erfüllung der zusätzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes auszukehren.

Gegeben zu Potsdam, am 05. Juni 2018

Mit freundlichen Grüßen



*Adla Comber  
a. d. F.  
Präsidenten*



## Fax, Letzte Übertragung

PAGE. 001/001

05.06.2018 19:34

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 761  
 Empfangsdatum und -zeit 05.06.2018 19:20  
 Starten /Fertigst. 05.06.2018 19:20 /05.06.2018 19:34  
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
761	05.06	19:20	Send	02217922915	02:32	006/006	OK BfV
761	05.06	19:24	Send	03018107922915	02:39	006/006	OK BfV
761	05.06	19:28	Send	022899107922915	02:38	006/006	OK BfV
761	05.06	19:32	Send	030186823260	02:37	006/006	OK BMF

**Freistaat Preußen**  
Administrative Einrichtung  
 Ministerium der Finanzen des Deutschen Bundes / Freistaat  
 in der Funktion des parlamentarischen  
 -Kabinetts-

**An**  
 die Bundesagentur für Berufsbildung (BfB), Präsident Herr Hans-Joerg Meißner  
 per Fax 037 179 229 15

**Von**  
 das Bundesministerium der Finanzen (BMF), Herrn Olaf Scholz  
 per Fax 030 186 823 260

Weiter nach Anwalt,  
 Herr Herr Schulz

Bitte ziehen Sie die Bescheinigung Nr. 03062018 - Einkommen - vom 05. Juni 2018  
 der Finanzverwaltung, Spalte 1 und 2 ein.

**Anlagen**  
 • Bescheinigung Nr. 03062018 - Einkommen - vom 05. Juni 2018  
 • Übertragungsprotokoll - vom 05. Juni 2018 (Fax 030 186 823 260)

Gepostet in Freistaat Preußen,  
 am 05. Juni 2018




100 Freistaat Preußen  
 Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt  
 03062018 18 0  
 03062018 18 0  
 www.freibund.de | www.freibund.de  
 www.freibund.de

*Herrn Hans-Joerg Meißner  
 a. d. BfB*